

Schlüssen sowie der unter maßgeblichem Einfluß der Rechtsprechung des OG entwickelten Strafpraxis und der dabei im Verlaufe vieler Jahre gewonnenen Erfahrungen nachstehende allgemeine Gesichtspunkte gegeben werden. Sie bedürfen in jedem einzelnen Fall der eigenverantwortlichen Prüfung und Entscheidung durch das erkennende Gericht bzw. die entscheidenden staatlichen Organe entsprechend den Besonderheiten des jeweiligen Falles und der konkreten gesellschaftlichen Situation.

Bei Eigentumsstraftaten können in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle Strafen ohne Freiheitsentzug angewandt werden. Ein sehr großer Teil von nicht erheblich gesellschaftswidrigen Eigentumsvergehen ist gesellschaftlichen Gerichten zu übergeben. Dabei gewinnt auch der Hinweis im Programm der SED, daß deren Rechte zu erweitern sind, spezifische Bedeutung. Der im Verhältnis zu anderen Arten von Straftaten überdurchschnittlich hohe Anteil von Strafen ohne Freiheitsentzug und Übergaben an gesellschaftliche Gerichte liegt darin begründet, daß

- der Anteil leichter und weniger schwerer Straftaten bei Eigentumsdelikten sehr hoch ist,
- der Anteil von Tätern sehr groß ist, die im wesentlichen diszipliniert ihrer Arbeit nachgehen, zufriedenstellende Arbeitsleistungen erbringen und die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens im wesentlichen einhalten,
- namentlich bei Straftaten zum Nachteil sozialistischen Eigentums ihre Vorbeugung und Bekämpfung besonders eng mit den sozialistischen Produktionsverhältnissen verbunden sind und daher besonders günstige gesellschaftliche Möglichkeiten für eine wirksame Anwendung von Strafen ohne Freiheitsentzug und Erziehungsmaßnahmen gesellschaftlicher Gerichte vorliegen.

Strafen ohne Freiheitsentzug kommen bei Eigentumsvergehen in Betracht,

- die geringe gesellschaftswidrige Auswirkungen haben, bei denen aber die Einwirkung eines gesellschaftlichen Gerichts nicht möglich ist oder als nicht ausreichend betrachtet werden muß, z. B. weil sich in der Handlung eine generelle Labilität oder Undiszipliniertheit des Rechtsverletzers offenbart;
- durch welche zwar schwerwiegende Folgen herbeigeführt wurden, bei denen aber der Straftäter ein positives gesellschaftliches Gesamtverhalten zeigt, insbesondere seine Arbeitsaufgaben oder andere gesellschaftliche

Pflichten gut erfüllt oder sich nach der Straftat vorbildlich verhält.

Auch bei schwereren Vergehen, die aus bestimmten zeitweiligen unverschuldeten persönlichen Schwierigkeiten oder Konfliktsituationen heraus begangen wurden, kann im Einzelfall eine Strafe ohne Freiheitsentzug vertretbar sein.

Die Verurteilung auf Bewährung kann bei nicht ganz leichten und bei schwerwiegenden Vergehen angewandt werden. Bei Eigentumsvergehen spielt die Geldstrafe eine große Rolle. Dementsprechend konzentriert sich der Anwendungsbereich der Freiheitsstrafe - abgesehen von ihrem obligatorischen Ausspruch bei Verbrechen — auf:

- Eigentumsvergehen, die aus objektiven und subjektiven Gründen eine besonders erhebliche Gesellschaftswidrigkeit aufweisen, z. B. Eigentumsvergehen mit besonders hohen Schäden oder mit besonderer Intensität oder aus tief verwurzelttem Bereicherungsstreben,
- Eigentumsvergehen, die zwar als solche weniger schwerwiegend sind, aber aus einer verfestigten und hartnäckigen Disziplinlosigkeit und Mißachtung der Gesetze begangen werden, z. B. von mehrfach Vorbestraften.

Um zu entscheiden, ob eine Strafe ohne Freiheitsentzug oder eine Freiheitsstrafe anzuwenden ist, müssen in jedem Fall alle objektiven und subjektiven Seiten der Straftat zusammenhängend betrachtet und gewertet werden.²⁹⁾ Die Höhe des durch die Straftat verursachten Schadens ist dabei ein wesentliches, aber nicht das ausschlaggebende Kriterium. Weitere wichtige Faktoren sind insbesondere

- die Vorbestraftheit. Vor allem bei weniger schwerwiegenden Eigentumsstraftaten kann sie ein wichtiger Grund für die Anwendung der Freiheitsstrafe sein, zumal dann, wenn sie mit anderen negativen Persönlichkeitseigenschaften zusammentrifft (z. B. schlechter Einstellung zur Arbeit). Vorbestraftheit schließt jedoch den Ausspruch einer Strafe ohne Freiheitsentzug nicht absolut aus;
- die Arbeitsdisziplin und die Arbeitsleistungen;
- die wiederholte Tatbegehung; sie spricht in erster Linie dann für eine Freiheitsstrafe, wenn mehrere selbständige und jeweils abgeschlossene Einzelhandlungen vorliegen, die in jedem Fall eine erneute Tatentscheidung erforderten;
- die Bereitschaft des Kollektivs zur erzieheri-

29 Vgl. a. a. O., S. 840 ff.